

Pressemitteilung

17. JUNI 2013

“Archivpolitik auf U-Bahn-Niveau”

Die deutschen Medienarchivare und Dokumentare, die im „Verein für Medieninformation und –dokumentation“ (vfm) zusammengeschlossen sind, verurteilen die Verzögerung bei der Planung des neuen Kölner Stadtarchivs.

Die Mitglieder des vfm blicken zwar in der Regel nicht auf Jahrtausende zurück, sondern sind Kinder der Neuzeit. Dennoch war der Kölner Archiveinsturz auch in unserer Fachwelt ein wichtiges Thema. Die Medienarchivare – insbesondere in den Rundfunkanstalten – wurden mit der Frage konfrontiert, wie sicher eigentlich ihre Archivbestände gelagert sind, handelt es sich doch nicht nur um eine Überlieferung für die Wissenschaft und die Nachwelt, sondern um täglich benötigtes Produktionsmaterial für neue Sendungen. Sie investieren jährlich Millionenbeträge, um diese Kapital „flüssig“ zu halten.

Die zahlreichen Archive und privaten Helfer nach dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs am 3. März 2009 werden sich fragen, ob sich ihre damalige Hilfe überhaupt gelohnt hat. Viele Materialien werden seit damals in anderen Archiven aufbewahrt und restauriert, um sie dem Kölner Stadtarchiv nach dessen Wiederaufbau zurück geben zu können. Für die Medienarchive ist auch das Deutsche Rundfunkarchiv mit einer Digitalisierungsaktion beteiligt. Überall werden nicht unbedeutende Mittel eingesetzt, die eigentlich durch die Stadt Köln bereitgestellt werden müssten

Intransparent ist der Vorgang insgesamt, weil die Entscheidung von Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD), die Vorlage der Verwaltung in der Sitzung des Kulturausschusses am 12. Juli 2013 zurückzuziehen, der Öffentlichkeit gegenüber nicht begründet wurde.

Niemand aus der Fachwelt kann deshalb nachvollziehen, wieso es diese Verzögerungen bezüglich des Neubaus gibt, und wie die Perspektive aussieht.

Die Entscheidung der Stadtverantwortlichen widerspricht nicht nur den bisherigen eigenen Ansagen, schnell und zügig den Neubau für das „sicherste und modernste Archiv Europas“ zu bauen, sondern ignoriert auch die Eigenverantwortung, das historische Kulturgut der Stadt für die nachfolgende Generation zu sichern und der Wissenschaft öffentlich zugänglich zu machen. Was immer auch die Gründe für die „Hinhaltetaktik“ (Kölner Stadt-Anzeiger vom 15. Juli 2013) der Verantwortlichen sein mag, wir fragen uns, ob zumindest Alternativlösungen im Dialog mit den Fachverantwortlichen oder –verbänden diskutiert wurden?

Der vfm fordert daher die Stadt Köln auf, die getroffene Entscheidung zu überdenken, der Öffentlichkeit und der Fachwelt gegenüber transparent zu machen und die Planungen für den Neubau mit Nachdruck voranzutreiben.

Hamburg, den 17. Juli 2013

*Für den Vorstand des vfm
Hans-Gerhard Stülb, Vorsitzender*